



DIE RUSSISCHE GESELLSCHAFT UND DAS SYSTEM PUTIN

■ Analyse		
	Akzeptanz, Protest, Legitimität? Die russische Gesellschaft und das System Putin. Hans-Henning Schröder, Bremen	2
■ Tabellen und Grafiken zum Text		
	Putin und die anderen: Ratings russischer Politiker	5
	Institutionenvertrauen	7
	Das Protestpotential im Land	8
	Der Lebensstandard, objektiv und subjektiv	11
■ Chronik		
	Chronik vom 1. bis 8. Dezember 2005	13
■ Lesehinweis		
	Abstracts der Artikel mit Russlandbezug in Osteuropa 11/2005	14

Analyse

Akzeptanz, Protest, Legitimität? Die russische Gesellschaft und das System Putin

Von Hans-Henning Schröder, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Zusammenfassung

Präsident Putin genießt in der Bevölkerung nach wie vor hohes Vertrauen – im Gegensatz zu allen anderen russischen Politikern. Auch die staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen werden kaum akzeptiert. Damit ergibt sich ein Bild, das für eine demokratische Entwicklung wenig Gutes verheißt. Den Institutionen, aus denen ein System demokratische Legitimation gewinnen könnte, – Parlament, Parteien, Verbänden, Gerichten – ist es in den 14 Jahren seit der Auflösung der Sowjetunion nicht gelungen, in den Augen der Bevölkerung Glaubwürdigkeit zu erlangen. Die politische Ordnung gewinnt allein über Personenvertrauen Legitimität, ein Institutionenvertrauen hat sich nicht aufgebaut. Diese Konstellation birgt in der Perspektive erhebliche politische Risiken in sich. Wenn die Integrationsfigur Putin abtritt, könnte das politische Konstrukt an Stabilität verlieren. Insofern sind die Sorgen über den möglichen Führungswechsel im Jahre 2008 durchaus berechtigt. Eine andere Person oder eine Institution, die die zerrissene und unzufriedene russische Gesellschaft integrieren könnte, ist bisher nicht in Sicht.

“Stark und erfolgreich”

“Wir sind eine freie Nation”, erklärte Vladimir Putin am 25. April 2005 vor der Föderalversammlung, und er fuhr fort, “... unser Platz in der Welt von heute ... wird nur dadurch bestimmt, wie stark und wie erfolgreich wir sein werden.” Um Russland stark und erfolgreich zu machen, gilt es jedoch – so der Präsident – drei Vorbedingungen zu erfüllen: die Schaffung eines effektiven Staatsapparates, der nicht von korrupten Bürokraten kontrolliert wird, die Stärkung von Gesetz und Recht, sowie die Entwicklung von Zivilgesellschaft und Persönlichkeitsrechten.

Die Aufgabenstellung, die Putin in seiner Rede formulierte, deckt sich in weiten Teilen mit den Einschätzungen der Politikwissenschaft. Ein starker Staat zeichnet sich eben nicht in erster Linie durch die Lautstärke seiner politischen Rhetorik oder durch Demonstration militärischer Stärke aus, sondern durch innere Stabilität. Diese beruht im Kern darauf, dass die politische Ordnung in der Gesellschaft allgemein akzeptiert ist.

Zu den Grundlagen einer solchen Ordnung zählen ein funktionierendes Rechtssystem und ein leistungsfähiger Staatsapparat, der die Bürger schützt und die notwendige soziale und technische Infrastruktur bereitstellt. Ein intaktes System sozialer Sicherungen, ein belastbares Gesundheitswesen, eine effektive öffentliche Verwaltung, die das Gemeinwohl im Auge hat, gehören ebenso dazu wie die Versorgung mit Strom, Wärme und Wasser oder ein funktionierendes Verkehrssystem. Zu den zentralen Voraussetzungen zählt schließlich die Akzeptanz der politischen Klasse durch den Rest der Gesellschaft. Nur wenn die Eliten in der Bevölkerung Autorität genießen,

verfügt die politische Ordnung über Legitimität. Insofern ist ein wesentlicher Aspekt von *state building* die Institutionalisierung der Beziehungen zwischen Führungseliten und Bevölkerung.

Im Idealfall vollzieht sich dies im Rahmen eines demokratischen Systems, in dem die Gesellschaft mit der Regierung einen über Wahlen, Parlament und Öffentlichkeit institutionalisierten Dialog führt. Allerdings kann politische Autorität auch auf nicht-demokratische Weise organisiert werden. Vertrauen zum Staat – und das heißt Vertrauen zu politischen Führungsfiguren und zu staatlichen Institutionen – ist aber nicht von demokratischen Verfahren abhängig. Eine nicht demokratisch legitimierte politische Ordnung kann durchaus stabil sein, wenn sie von breiten Bevölkerungskreisen akzeptiert wird.

Die politischen Ressourcen der Putin-Administration

Das Russland Putins ist gewiss keine konsolidierte Demokratie. Die politische Unordnung der Jelzin-Jahre, die vielen Akteuren Freiräume gewährte und so den Anschein von Demokratie erweckte, wurde unter seinem Nachfolger durch eine “gelenkte Demokratie” abgelöst. In den Putin-Jahren entwickelte sich ein System des kompetitiven Autoritarismus, in dem wenige Elitefraktionen um politischen Einfluss konkurrieren. Dennoch erscheint das System zum gegenwärtigen Zeitpunkt stabil, und die Stellung Präsident Putins ist unangefochten.

Dafür gibt es eine Reihe von Gründen. Vor allem verleiht die 1993 verabschiedete Verfassung dem russischen Präsidenten eine Ausnahmestellung. Er verfügt über die gesamte bewaffnete Macht.

Die Regierung ist ihm verantwortlich, nicht dem Parlament, das weder ihn noch die Exekutive wirksam kontrollieren kann. Diese konstitutionell begründete Machtstellung hat die Putin-Administration seit 2000 systematisch befestigt. Indem der Präsident wichtige Schlüsselstellungen mit Vertrauten besetzt hat, hat er die Machtressource Verfassung durch ein persönliches Netzwerk unterbaut. Da viele seiner Vertrauten aus Militär und Sicherheitsdiensten stammen, verfügt die Administration über starken Rückhalt in den "Machtstrukturen", d.h. im Verteidigungs- und im Innenministerium sowie bei den Diensten. Die Neuregelung der Gouverneurswahlen, die die Wiederwahl der regionalen Führer von der Empfehlung des Präsidenten abhängig macht, bindet diese an das Zentrum. Diese 'Machtvertikale' wird flankiert durch eine Allianz mit Unternehmern und Hochfinanz, denen die Putin-Administration große Spielräume einräumt, solange sie keine politischen Ambitionen entwickeln.

Schließlich kann sich der Präsident auf eine breite Zustimmung der Bevölkerung stützen. Kein anderer Politiker in Russland verfügt über einen auch nur annähernd ähnlichen Vertrauensbonus in der Öffentlichkeit. Dieser plebiszitäre Faktor macht Putin zu einer singulären Erscheinung in der russischen Politik. Gegenwärtig ist er nicht ersetzbar.

Die Ressource Vertrauen

Betrachtet man die Umfragen, die etwa das Lewada-Zentrum regelmäßig durchführt (vgl. Abbildung 1 und 2 auf den Seiten 5 und 6), so wird deutlich, dass Putin während seiner gesamten Amtszeit in der Wertschätzung der Bevölkerung weit vor allen anderen russischen Politikern liegt. Fast die Hälfte der Respondenten spricht ihm regelmäßig sein Vertrauen aus. So lange das Lewada-Zentrum auch die Daten zur Antwort "Ich vertraue keinem Politiker" auswies (bis Ende 2003), war dies meist der zweithöchste Wert. Fiel die Zustimmung zu Putin ab, wie z.B. während der Kursk-Katastrophe oder während der NTV-Affäre, so liefen die Respondenten nicht zu einem anderen Politiker über, sondern drückten ihre Enttäuschung aus, indem sie zur Kategorie "Ich vertraue keinem" wechselten.

In der Tat genießt in der Bevölkerung niemand ähnlich hohe Akzeptanz wie der Präsident. Dass dies nicht allein mit dem Amt zu tun hat, sondern auch sehr viel mit der Person des Amtsinhabers, wird klar, wenn man sich daran erinnert, wie negativ die Masse der Russen 1998 und 1999 den Präsidenten Jelzin sah. Auch wenn man die Ratings der Regierung in den Jahren 2000–2005 betrachtet, wird deutlich, dass es die Person Putin ist, der man vertraut. Im Januar 2000 – Putin hatte dieses Amt noch inne – bewerteten 80%

der Befragten den Ministerpräsidenten positiv. Im Februar, mit der Amtsübernahme Kasjanows stürzten die Werte dramatisch ab und steigen dann nicht mehr über 50% (vgl. Abbildung 3 auf Seite 6). Offenbar schreibt der überwiegende Teil der Bevölkerung Putin Eigenschaften zu, die bei den übrigen Politikern nicht gesehen werden.

Demgegenüber genießen die staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen in Russland kaum Vertrauen (vgl. Abbildung 4 auf Seite 7). Das Amt des Präsidenten hat 2004 gegenüber 1998 (unter Jelzin) dramatisch hinzugewonnen, doch die übrigen verfassungsmäßigen Einrichtungen werden nur von einer Minderheit angenommen. Gerade ein Drittel der Befragten vertraute 2004 der Regierung. Die Werte für die Duma, den Föderationsrat (die obere Parlamentskammer) liegen um die 20%. Polizei, Gerichte, Gewerkschaften und politische Parteien genießen kaum Akzeptanz. Auch Medien, und Gesundheitswesen kommen kaum über 30% Zustimmung hinaus. Allein Armee und Kirche liegen mit 42% und 44% noch deutlich über dem Durchschnitt.

Damit ergibt sich ein Bild, das für eine demokratische Entwicklung wenig Gutes verheißt. Den Institutionen, aus denen ein System demokratische Legitimation gewinnen könnte, ist es in den 14 Jahren seit der Auflösung der Sowjetunion nicht gelungen, in den Augen der Bevölkerung Glaubwürdigkeit zu erlangen. Die politische Ordnung gewinnt allein über Personenvertrauen Legitimität, ein Institutionenvertrauen hat sich nicht aufgebaut.

Schwäche des Protestverhaltens

In einer solchen Situation könnte man annehmen, dass die Bevölkerung in Distanz zum System steht, und dass die latente Protestbereitschaft hoch ist. In der Tat ist es im Januar 2005 bei den ersten zaghaften Versuchen, die sozialen Sicherungssysteme neu zu ordnen, landesweit zu Demonstrationen und Protesten gekommen. Auch wenn die Beteiligung an diesen Aktionen zahlenmäßig nicht bedeutend war, so zeigten sie doch eine Bereitschaft in Teilen der Bevölkerung, sich gegen einen Angriff auf ihre materiellen Interessen zur Wehr zu setzen. Dieser Eindruck wird durch die Umfragen bestätigt. Etwa die Hälfte der Respondenten interessierte sich für Berichte über die Protestaktionen. Immerhin ein Drittel wäre auch bereit, selbst an solchen Aktionen teilzunehmen. Allerdings glaubt nur ein Fünftel an den Nutzen von Protesten (vgl. Abbildung 6 bis 8 auf Seite 8). Andererseits hält aber auch nur eine Minderheit von etwa 10% solche Aktivitäten für wirklich schädlich. Dass sich dies nicht nur auf die Verteidigung materieller Interessen bezieht, zeigt die Erhebung der "Stiftung Öffentliche

Meinung” im Juli 2005, bei der 40% der Befragten angaben, dass eine Fälschung der Parlaments- oder Präsidentschaftswahlen auch in Russland Massenproteste hervorrufen könnten (vgl. Abbildung 5 auf Seite 8). All dies besagt noch nicht, dass es tatsächlich zu Massenbewegungen kommen wird – Umfragen des Lewada-Zentrums etwa bewerten die akute Protestbereitschaft nicht sehr hoch (vgl. Abbildung 9 und 10 auf Seite 10).

Trotzdem muss es der Putinschen Führung zu denken geben, dass ein beträchtlicher Teil der russischen Bevölkerung Proteste nicht grundsätzlich von der Hand weist. Angesichts der geringen Integrationsfähigkeit der politischen Institutionen ist dies zweifellos beunruhigend.

Andererseits ist die Opposition inhaltlich und organisatorisch zersplittert und verfügt nicht über eine glaubwürdige Führungsfigur. Denn das negative Urteil über die Politiker trifft Oppositionelle ebenso wie regierungsnahen Personen: Jawlinskij, der Vorsitzende von Jabloko genießt gerade bei 3–4% der Befragten Vertrauen, Ryshkow, einer der wenigen liberalen Abgeordneten in der Duma, erreicht maximal 3% und Irina Chakamada, die 2004 als liberale Präsidentschaftskandidatin auftrat, um die 4% (vgl. Abbildung 1 auf Seite 5). Keiner von ihnen stellt eine politische Alternative zu Putin dar.

Quellen plebiszitärer Unterstützung

Frägt man nach den Gründen, warum der Präsident ein so hohes Vertrauen genießt, muss man eine Reihe von Faktoren anführen. Natürlich spielen „Polittechnologien“ eine ganz erhebliche Rolle. Die russischen *spin doctors* haben erfolgreich ein Putin-Bild entworfen, das den Erwartungen der Bevölkerungsmehrheit entspricht. Da die Präsidialadministration die elektronischen Medien im Wesentlichen kontrolliert, ist sie in der Lage, dieses „Image“ russlandweit zu verbreiten. Welche Bedeutung das hat, kann man an Putins Vertrauenskurve ablesen: der starke Anstieg Ende 2003, Anfang 2004 etwa war Ergebnis erhöhter Medienpräsenz des Präsidenten und verstärkter Propaganda im Kontext der Duma- und der Präsidentschaftswahlen (vgl. Abbildung 1 auf Seite 5). Als die „imedshmejkeri“ („image maker“) nach der Wiederwahl Putins die Schleusen der elektronischen Berieselung schlossen, sank das Rating rasch ab und pendelte sich bei 40% ein.

Reklametechnik und Medienbeherrschung erklären die hohen Akzeptanzraten jedoch nur zum Teil. Die Propaganda ist deshalb so erfolgreich, weil große Teile der Bevölkerung mit Recht den Eindruck haben, dass sich ihre Lage seit Ende der 90 Jahre fortgesetzt verbessert hat. In der Amtszeit Putins ist das real verfügbare Geldeinkommen jedes Jahr etwa 10% ge-

stiegen, der Anteil der Personen, deren Geldeinkünfte unter dem Existenzminimum liegen, ist von 40 Mio. auf 25 Mio. gesunken (vgl. Tabelle 1 auf Seite 11). Die Wirtschaft wächst und dies schlägt sich auch in der materiellen Situation des einzelnen nieder. Die individuelle Erfahrung bestätigt das Bild, das die Medien vermitteln: Putin sorgt dafür, dass es dem ‚kleinen Mann‘ besser geht. Dass diese Entwicklung bereits Ende 1998 einsetzte – fast acht Monate bevor Putin Regierungsverantwortung übernahm – und dass sie zu einem großen Teil dem Anstieg der Weltmarktpreise für Rohstoffe geschuldet ist und nicht dem Wirtschaftshandeln des Präsidenten, nimmt die russische Öffentlichkeit nicht zur Kenntnis.

Wenn sich die Wirtschaftslage verschlechtern sollte, wenn im Gefolge des Eintritts in die WTO und infolge einer Reform der Gas- und Strompreise die individuellen Belastungen steigen, dann wird allerdings auch die Glaubwürdigkeit des Präsidenten leiden. Mag sein, dass Putin aus diesem Grunde die Reformen im Gesundheitswesen, bei den kommunalen Dienstleistungen und bei den sozialen Sicherungssystemen eher zögerlich angeht. Das Aufflammen von Protest angesichts erster Versuche, die Sozialleistungen umzustrukturieren, wurde in der Administration zweifellos als Warnung verstanden.

Resignierte Akzeptanz

Insgesamt erscheint die Stabilität des politischen Regimes in der gegenwärtigen Situation aber nicht gefährdet. Putins hohe Zustimmungsraten bieten im Moment Gewähr für eine hohe Akzeptanz. Doch die Erwartungen an Regierungshandeln sind hoch. Nach wie vor steht für einen großen Teil der Bevölkerung die Sicherstellung der materiellen Lage im Mittelpunkt. Bei Umfragen wünschen sich fast die Hälfte der Respondenten eine Preissenkung, viele auch staatliche Preiskontrollen. Der Anteil derjenigen, die diese Erwartung an die Regierung formulieren, hat sich in der Amtszeit Putins kaum verändert. Dass es in dieser Phase zu spürbaren Verbesserungen gekommen ist, erkennt man daran, dass der Prozentsatz der Befragten, die sich über ausstehende Lohnzahlungen beklagen und eine Stärkung des Rubels fordern, deutlich zurückgegangen ist. Wachsende Sorge bereiten aber offenbar die Entwicklung von Kriminalität und Korruption. (vgl. Tabelle 2 auf Seite 11). Hier äußern sich Stimmungen, auf die die Regierung in der Perspektive reagieren muss.

Problematischer als solche Erwartungen an unmittelbares Regierungshandeln scheint aber die Distanz zum heutigen politischen System, das in der positiven Rückbesinnung auf die Sowjetzeit zum Ausdruck kommt. In den Augen der meisten Russen erscheint das Putinsche System in den vielen Punkten

dem Sowjetsystem deutlich unterlegen (vgl. Tabelle 3 auf Seite 12). Die Breschnjewsche Sowjetunion war danach gesetzestreu, volksnäher, stärker, gerechter und ehrlicher als das Putinsche Russland, das seinerseits als volksferner, bürokratischer und krimineller gilt. In diesem Urteil äußert sich eine Sehnsucht nach vergangener Stabilität und nach einer versunkenen Zukunftssicherheit, die in scharfem Gegensatz zur Gegenwart steht. In der nostalgischen Rückwärtswendung drückt sich vor allem Kritik an der politischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit von heute aus.

Selbst wenn eine große Mehrheit der Bevölkerung der Person Putin Vertrauen schenkt, mit dem Putinschen System – den konkurrierenden Elitenfraktionen, der Allianz mit der Unternehmerklasse, der verbreiteten Korruption, den

scharfen sozialen Gegensätzen – hat die Gesellschaft ihren Frieden nicht gemacht. Die Person des Präsidenten genießt große Akzeptanz, das System des neuen Russland mit seinen Institutionen wird nicht angenommen. Insofern könnte man den jetzigen Zustand als eine “resignierte Akzeptanz” bezeichnen, in der verbreitetes Unbehagen durch die Integrationskraft der Führungsfigur überlagert wird. Diese Konstellation birgt in der Perspektive erhebliche politische Risiken in sich. Wenn die Integrationsfigur Putin abtritt, dann könnte das politische Konstrukt an Stabilität verlieren. Insofern sind die Sorgen über den möglichen Führungswechsel im Jahre 2008 durchaus berechtigt. Eine Person oder eine Institution, die die zerrissene und unzufriedene Gesellschaft integrieren könnte, ist bisher nicht in Sicht.

Redaktion: Heiko Pleines

Über den Autor:

Prof. Dr. Hans-Henning Schröder arbeitet an der Forschungsstelle Osteuropa, Bremen.

Lesetipp:

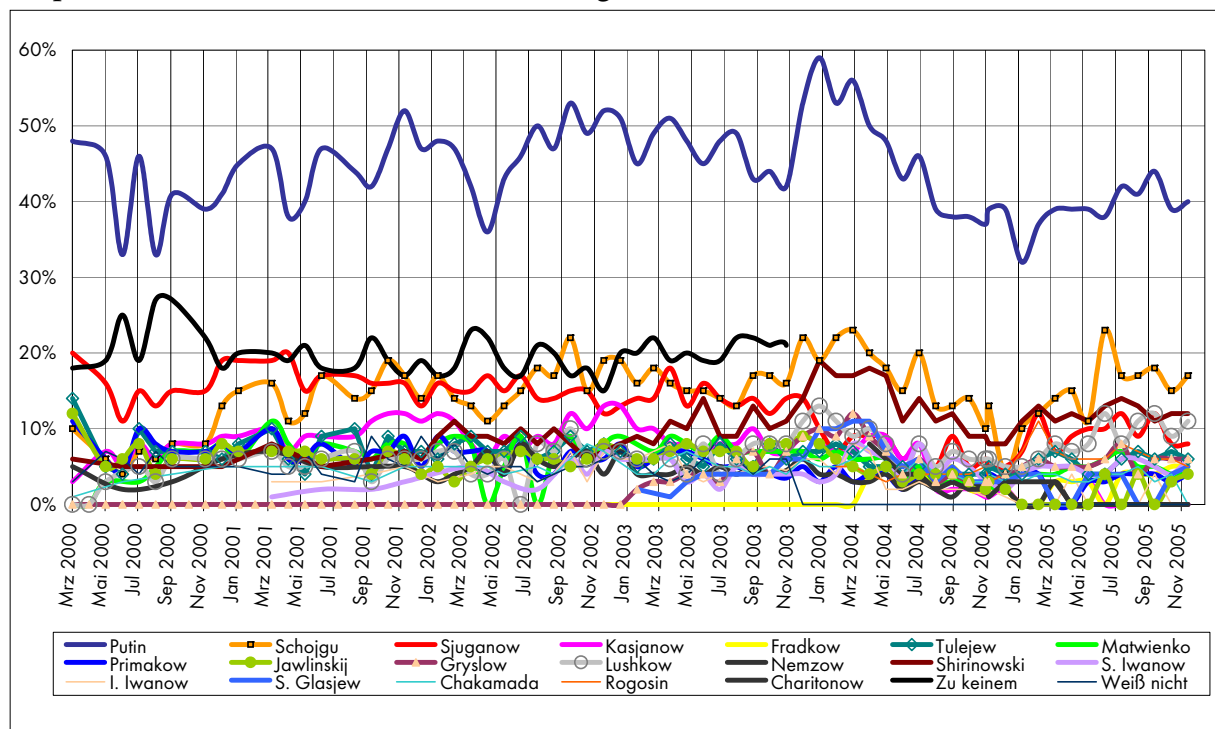
R. Rose; N. Munro; W. Mishler: Resigned Acceptance of an Incomplete Democracy: Russia's Political Equilibrium, in: Post-Soviet Affairs, Jg.20 (2004), Nr. 3, S. 195–218.

R. Sil; C. Chen: State Legitimacy and the (In)Significance of Democracy in Post-Communist Russia, in: Europe-Asia Studies, Jg. 56 (2004), Nr. 3, S. 347–368.

Tabellen und Grafiken zum Text

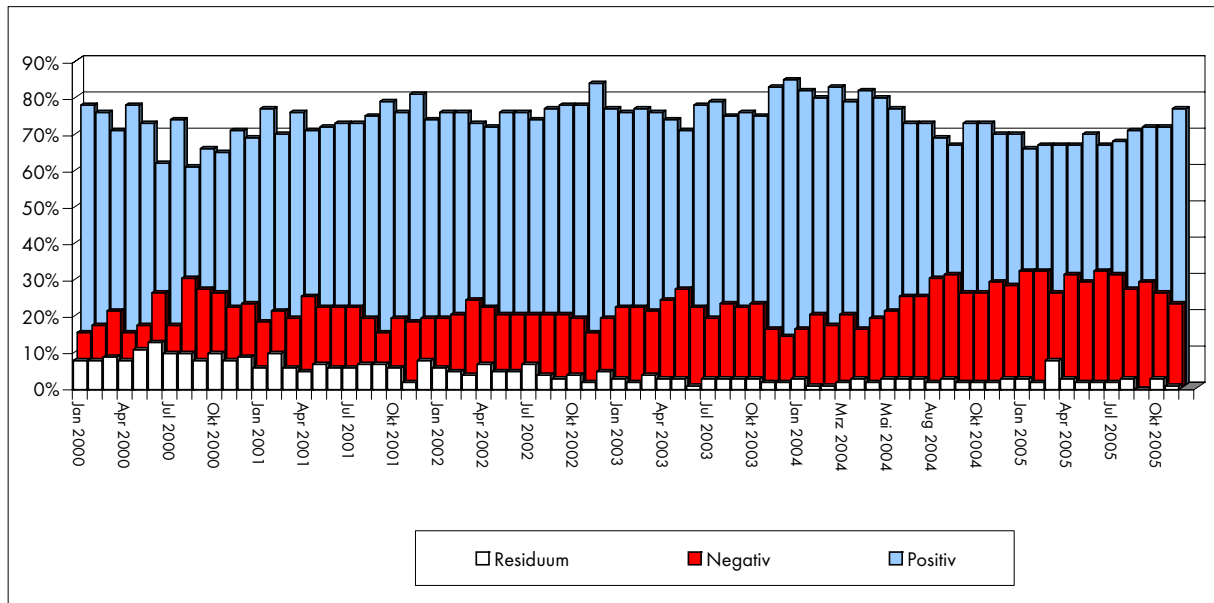
Putin und die anderen: Ratings russischer Politiker

Abbildung 1: Zu welchem Politiker haben Sie Vertrauen? (Popularitätswerte 2000 – 2005 in den Umfragen des Lewada-Zentrums)



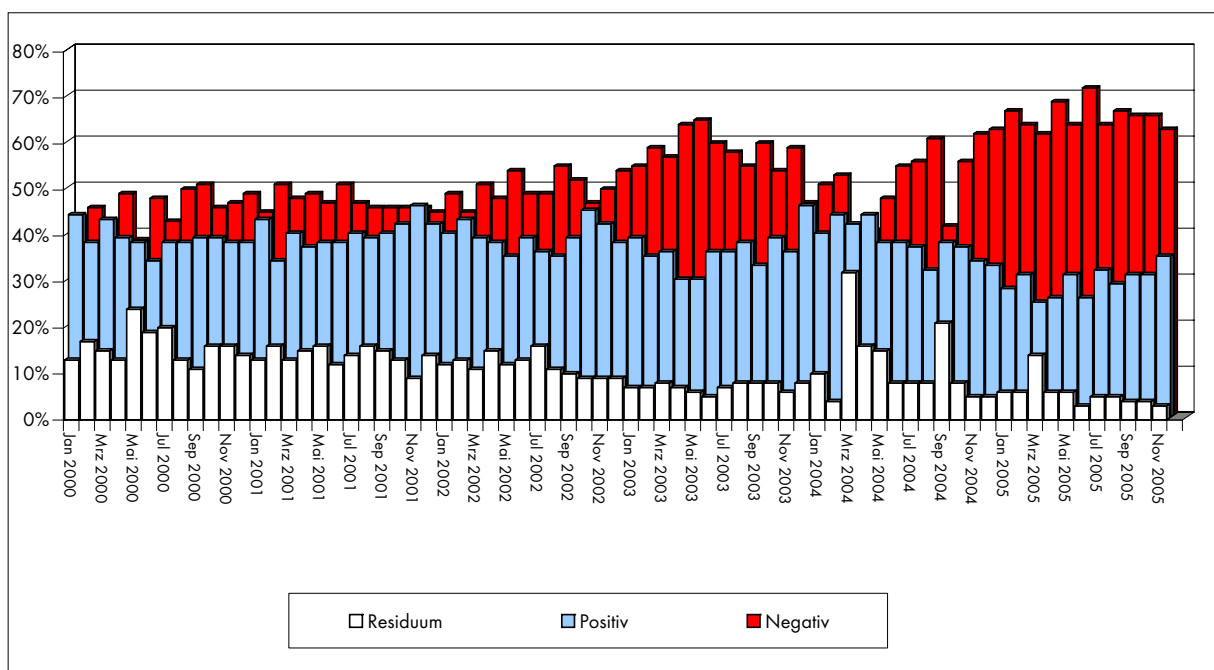
Quelle: Umfragen des VCIOM www.vciom.ru bzw. www.levada.ru

Abbildung 2: Wie bewerten Sie die Tätigkeit Putins als Präsident Russlands?



Quelle: Umfragen des VCIOM/Lewada-Zentrums, <http://www.levada.ru./prezident.html>

Abbildung 3: Wie bewerten Sie die Tätigkeit der russischen Regierung?



Quelle: Umfragen des VCIOM/Lewada-Zentrums <http://www.levada.ru./pravitelstvo.html>

Institutionenvertrauen

Abbildung 4: Vertrauen in politische und gesellschaftliche Institutionen (1998 und 2004)

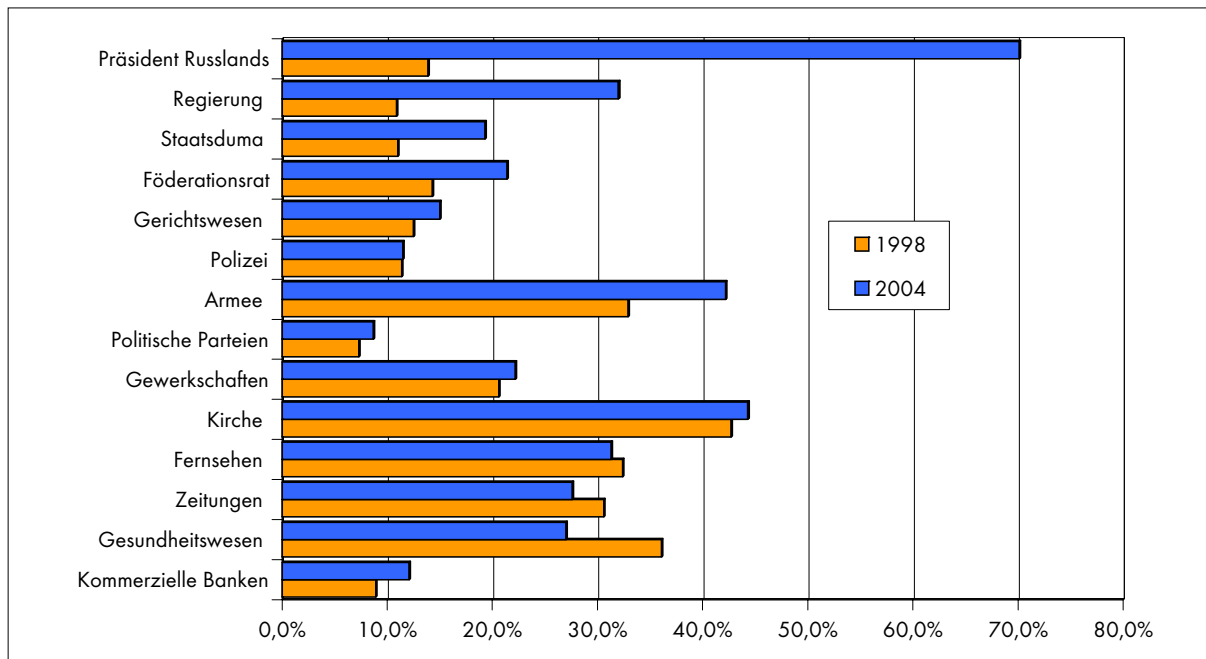


Tabelle zu Abbildung 4

Institutionen	Vertrauen		Misstrauen		Antwort fällt mir schwer	
	1998	2004	1998	2004	1998	2004
Präsident Russlands	13,9%	70,1%	65,0%	13,4%	21,1%	16,5%
Regierung	10,9%	32,0%	61,5%	37,3%	27,6%	30,7%
Staatsduma	11,0%	19,3%	60,4%	50,1%	28,6%	30,6%
Föderationsrat	14,3%	21,4%	47,5%	39,3%	38,2%	39,3%
Gerichtswesen	12,5%	15,0%	64,1%	60,2%	23,4%	24,8%
Polizei	11,4%	11,5%	71,0%	67,6%	17,6%	20,9%
Armee	32,9%	42,2%	39,5%	31,8%	27,6%	26,0%
Politische Parteien	7,3%	8,7%	59,6%	58,3%	33,1%	33,0%
Gewerkschaften	20,6%	22,2%	43,1%	38,7%	36,3%	39,1%
Kirche	42,7%	44,3%	18,9%	19,9%	38,4%	35,8%
Fernsehen	32,4%	31,3%	34,9%	40,6%	32,7%	28,1%
Zeitungen	30,6%	27,6%	34,6%	41,4%	34,8%	31,0%
Gesundheitswesen	36,1%	27,0%	36,9%	45,4%	27,0%	27,6%
Kommerzielle Banken	8,9%	12,1%	63,9%	59,1%	27,2%	28,8%

Quelle: M. Bubbe: *Zwischen Transformation und Sowjetunion*, Moskau 2004

Das Protestpotential im Land

Abbildung 5:
Können unehrliche
Parlaments- und
Präsidentenwahlen
Massenproteste hervorrufen?

Quelle: Umfrage der "Stiftung
Öffentliche Meinung" (FOM) vom
30-31 Juli 2005
<http://bd.fom.ru/zip/tb0531.zip>

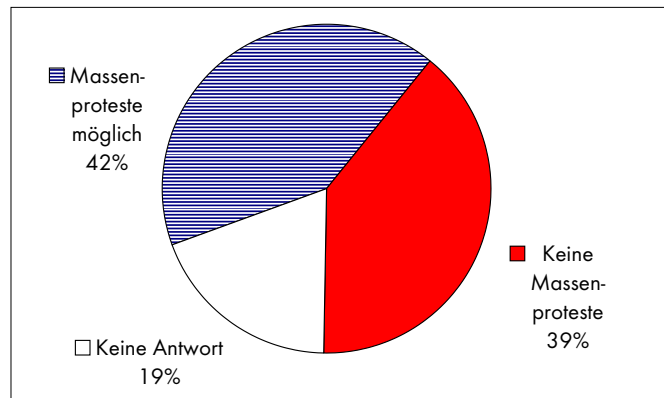


Abbildung 6: Interessieren Sie Information über Protestaktionen, die unserem Lande stattfinden?

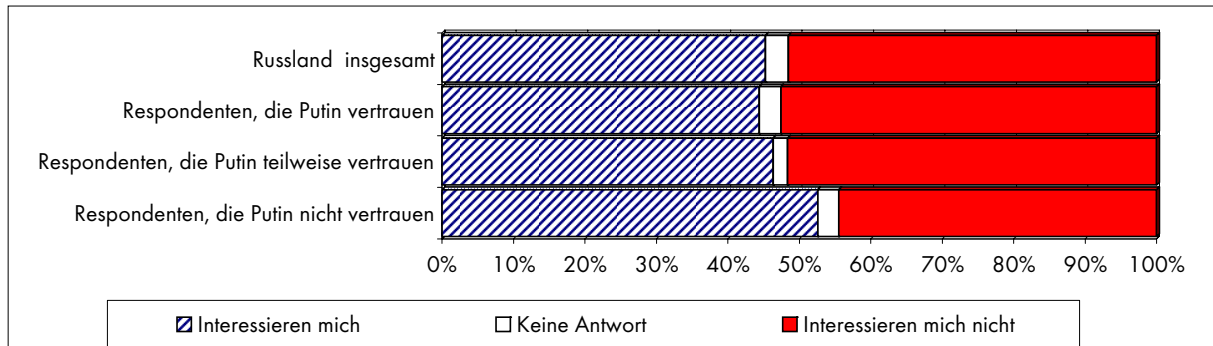


Abbildung 7: Können Sie persönlich sich vorstellen, an Protestaktionen teilzunehmen?

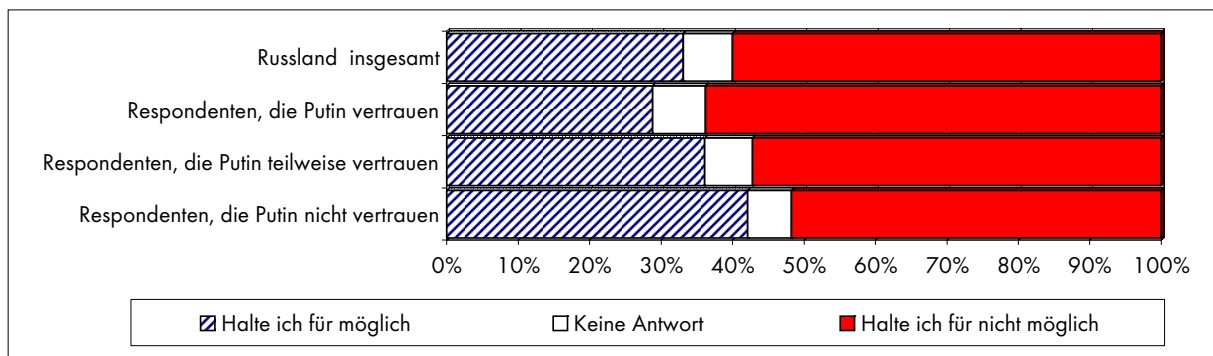


Abbildung 8: Haben die Protestaktionen in letzter Zeit der Gesellschaft mehr Nutzen oder mehr Schaden gebracht?

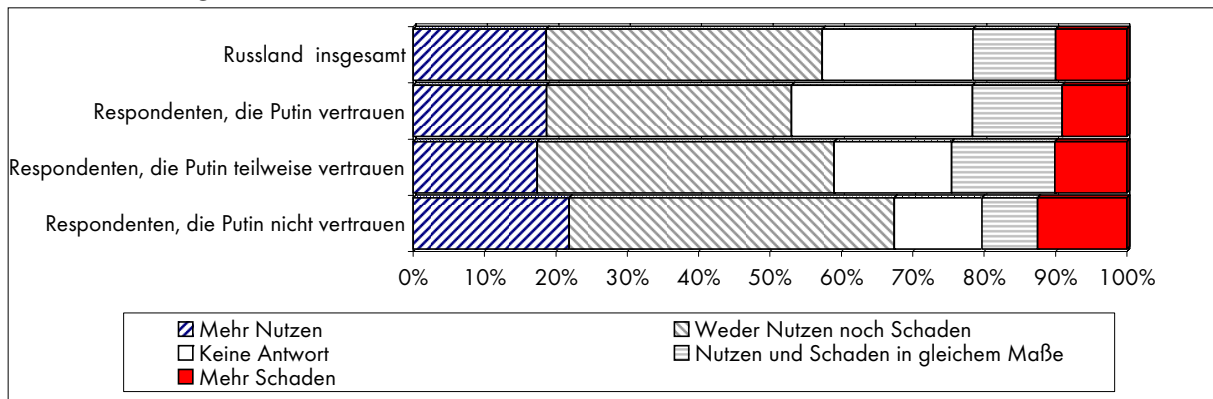


Tabelle zu den Abbildungen 6 bis 8

	Russland insgesamt	Respondenten, die Putin vertrauen	Respondenten, die Putin teilweise vertrauen	Respondenten, die Putin nicht vertrauen
Anteil der Gruppe	100,0%	47,4%	27,9%	19,3%
Sprechen wir über die Protestaktionen, die von Zeit zu Zeit in verschiedenen Regionen unseres Landes vor sich gehen. Haben Sie persönlich an irgendwelchen Protestaktionen im letzten Monat teilgenommen?				
Habe teilgenommen	2,6%	1,4%	2,2%	6,1%
Habe nicht teilgenommen	96,1%	97,9%	96,9%	91,5%
Keine Antwort	1,2%	0,7%	0,9%	2,4%
Sagen Sie bitte, hat es im letzten Monat in Ihrer Stadt (Dorf) irgendwelche Protestaktionen gegeben oder nicht?				
Hat es gegeben	13,8%	11,7%	12,8%	20,4%
Hat es nicht gegeben	59,4%	60,5%	62,6%	52,9%
Keine Antwort	26,8%	27,8%	24,6%	26,7%
Sagen Sie bitte, wie haben Sie die Protestaktionen, die in Ihrer Stadt (Dorf) im letzten Monat vor sich gingen, aufgenommen – zustimmend, ablehnend oder gleichgültig?				
Zustimmend	8,2%	7,2%	8,7%	9,9%
Gleichgültig	3,1%	2,8%	2,8%	5,0%
Ablehnend	1,3%	1,1%	0,3%	3,1%
Keine Antwort	1,2%	0,7%	1,1%	2,4%
Keine Protestaktionen	86,2%	88,3%	87,2%	79,6%
Sagen Sie, interessieren Sie Information über Protestaktionen, die von Zeit zu Zeit in verschiedenen Regionen des Landes vor sich gehen oder nicht?				
Interessieren mich	44,7%	44,0%	45,4%	51,7%
Interessieren mich nicht	50,8%	52,2%	50,6%	43,7%
Keine Antwort	3,2%	3,0%	2,0%	2,9%
Halten Sie es persönlich für möglich oder unmöglich, an irgendwelchen Protestaktionen teilzunehmen, sich den Protestierenden anzuschließen?				
Halte ich für möglich	32,7%	28,6%	35,4%	41,4%
Halte ich für nicht möglich	59,2%	63,3%	56,0%	50,8%
Keine Antwort	6,8%	7,3%	6,6%	6,0%
Sagen Sie, gibt es unter den Leuten, mit denen Sie verkehren, solche, die im letzten Jahr an Protestaktionen teilgenommen haben oder nicht?				
Gibt es	14,6%	13,2%	12,7%	22,5%
Gibt es nicht	74,5%	77,7%	75,0%	66,6%
Keine Antwort	9,5%	8,2%	10,2%	9,2%
Manche meinen, dass man mit Hilfe von Protestaktionen die Lösung des einen oder anderen Problems erreichen kann. Andere meinen, dass mit Hilfe von Protestaktionen kein Problem gelöst werden kann. Mit welcher Meinung – der ersten oder der zweiten – stimmen Sie überein?				
Mit der ersten	40,7%	41,8%	42,5%	40,1%
Mit der zweiten	42,0%	39,2%	44,8%	47,4%
Keine Antwort	17,4%	19,0%	12,7%	12,5%
Was meinen Sie, haben die Protestaktionen, die in letzter Zeit in Russland stattgefunden haben, der Gesellschaft mehr Nutzen gebracht, mehr Schaden, beides in gleichem Maße oder weder Nutzen noch Schaden?				
Mehr Nutzen	18,7%	18,7%	17,4%	21,8%
Nutzen und Schaden in gleichem Maße	11,6%	12,5%	14,5%	7,8%
Mehr Schaden	9,9%	9,1%	10,1%	12,5%
Weder Nutzen noch Schaden	38,7%	34,4%	41,6%	45,6%
Keine Antwort	21,1%	25,3%	16,4%	12,3%

Quelle: Umfrage der "Stiftung Öffentliche Meinung" (FOM) vom 30–31 Juli 2005 <http://bd.fom.ru/zip/tb0531.zip>

Abbildung 9: Wie wahrscheinlich sind massenhafte Protestaktionen an Ihrem Wohnort, falls der Lebensstandard sinkt?

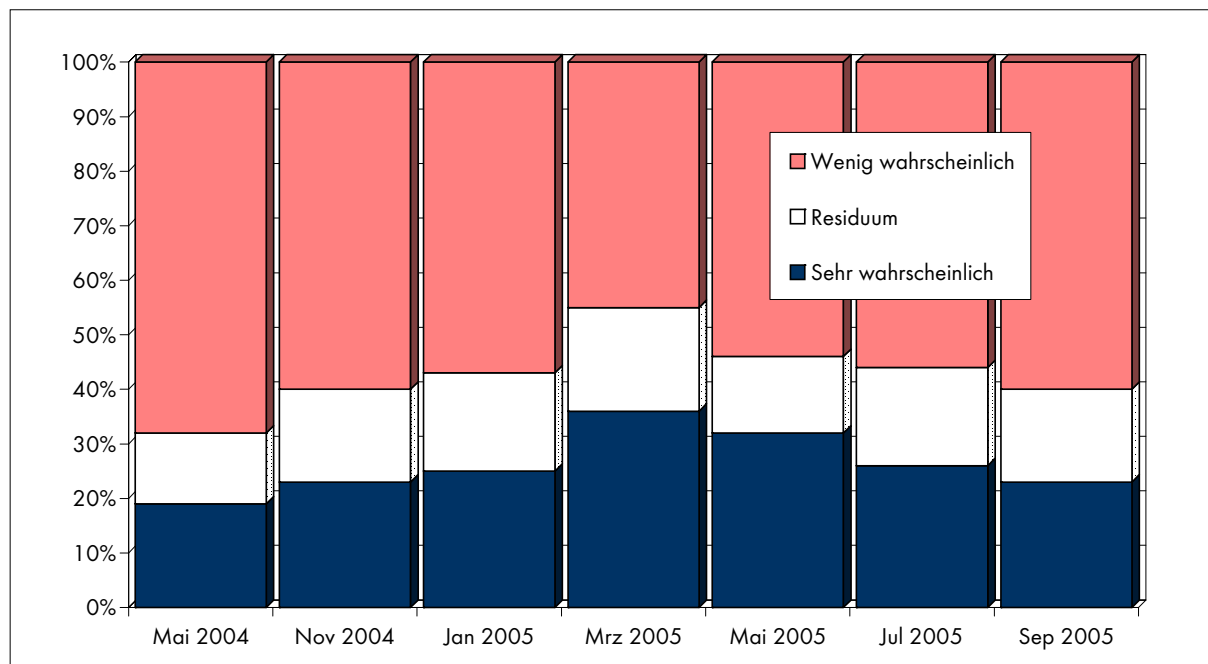
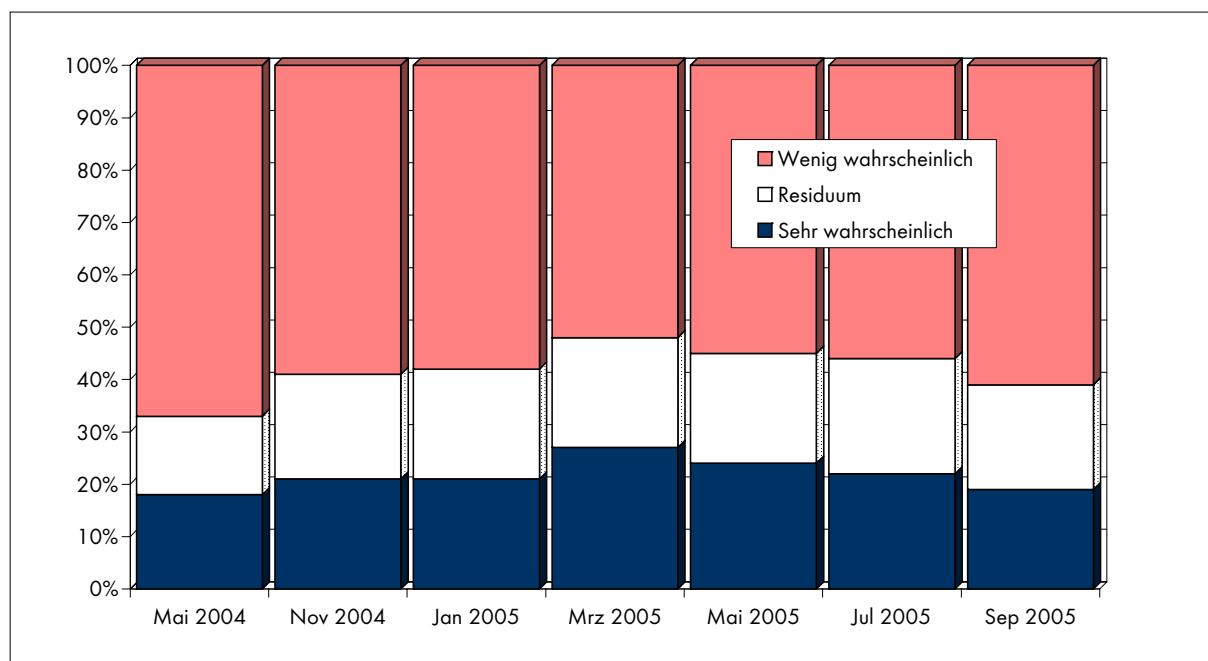


Abbildung 10: Sind in Ihrer Stadt, Ihrer Siedlung Protestaktionen mit politischen Forderungen möglich?



Quelle: Umfragen des Levada-Zentrums <http://www.levada.ru./press/2005100506.html>

Der Lebensstandard, objektiv und subjektiv

Tabelle 1: Entwicklung des Lebensstandards der russischen Bevölkerung 1992–2004

	1992	1995	2000	2001	2002	2003	2004
Faktischer Endverbrauch der Haushalte (lfd. Preise, bis 2000: Bio. Rubel)	7,9	871,6	3.813,5	5.013,8	6.394,5	7.701,8	9.375,1
in % des BIP	42,8%	61,1%	52,3%	55,8%	59,2%	58,1%	56,7%
in % zum vorhergehenden Jahr	97,3%	97,4%	105,9%	108,2%	107,7%	106,9%	110,0%
Real verfügbares Geldeinkommen, in % zum vorhergehenden Jahr	52%	85%	112%	109%	111%	115%	108%
Real ausgezahlter Arbeitslohn, in % zum vorhergehenden Jahr	67%	72%	121%	120%	116%	111%	111%
Mittleres Geldeinkommen pro Kopf im Verhältnis zum Existenzminimum (in %)	211%	195%	189%	205%	220%	244%	266%
Mittlerer nominaler Arbeitslohn pro Kopf im Verhältnis zum Existenzminimum (in %)	281%	159%	168%	199%	222%	239%	263%
Mittlere nominale Rente im Verhältnis zum Existenzminimum (in %)	119%	101%	76%	90%	100%	102%	106%
Personen mit Geldeinkünften unter dem Existenzminimum							
- Mio Personen	49,7	36,3	41,9	39,4	34,6	29,3	25,5
- in % der Gesamtbevölkerung	33,5%	24,7%	28,9%	27,3%	24,2%	20,3%	17,8%

Quelle: Nationales Russisches Statistikkamt <http://www.gks.ru/bgd/regl/brus05/lswPrx.dll/Stg/07-01.htm>

Tabelle 2: Auf welche Aufgaben soll sich die Regierung Ihrer Meinung nach vor allem konzentrieren?

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	Differenz 1999–2004
Senkung der Preise	46%	46%	41%	44%	47%	45%	-1%
Korruptionsbekämpfung	22%	37%	33%	34%	36%	40%	18%
Staatliche Preiskontrolle	37%	35%	28%	31%	36%	36%	-1%
Regelmäßige Renten- und Einkommensanpassung	25%	35%	33%	38%	34%	34%	9%
Kriminalitätsbekämpfung	18%	31%	27%	33%	29%	31%	13%
Stärkung des Rubels	40%	37%	28%	29%	33%	30%	-10%
Agrarsubventionen	17%	31%	24%	20%	26%	27%	10%
Auszahlung der Gehaltsrückstände	55%	26%	20%	22%	22%	24%	-31%
Unterstützung von Staatsunternehmen	18%	20%	15%	18%	18%	20%	2%
Renationalisierung der Schlüsselindustrien	14%	17%	16%	19%	17%	19%	5%
Stärkung der Verteidigungsfähigkeit	9%	15%	9%	16%	15%	15%	6%
Bürgerfrieden und Eintracht	9%	14%	12%	14%	15%	12%	3%
Sicherung des Banksystems und der Spareinlagen	7%	5%	5%	6%	6%	8%	1%
Schutz der Privatwirtschaft	6%	7%	8%	9%	9%	8%	2%
Steuererhebung	10%	7%	9%	9%	7%	7%	-3%
Besserung des Warenangebots	12%	3%	3%	3%	4%	3%	-9%
Anderes	1%	1%	1%	1%	2%	1%	0%
Weiß nicht	1%	1%	3%	1%	1%	1%	0%

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums 1999–2004 <http://www.levada.ru./press/2004073007.html>

Tabelle 3: Das politische System der Sowjetzeit und das von heute: Bewertung durch die russische Bevölkerung

Nennen Sie 4–5 Eigenschaften, die Ihrer Ansicht nach typisch für das Sowjetsystem bzw. für das heutige System sind								
	Alle Russen		Darunter: Befürworter ...					
	Sowjetzeit	Heute	... des Sowjetsystems		... des heutigen Systems		... einer Demokratie nach westlichem Muster	
			Sowjetzeit	Heute	Sowjetzeit	Heute	Sowjetzeit	Heute
Gesetzestreu	28%	9%	41%	7%	23%	12%	11%	11%
Volksnah	34%	5%	47%	3%	29%	10%	18%	7%
“Unseres”, gewohnt	26%	4%	31%	2%	24%	8%	19%	6%
Stark, fest	30%	7%	39%	3%	22%	13%	24%	8%
Bürokratisch	30%	39%	27%	38%	31%	36%	39%	41%
Gerecht	21%	3%	30%	1%	14%	7%	12%	3%
Ehrlich, offen	13%	3%	19%	1%	8%	6%	7%	4%
Gebildet	13%	13%	15%	11%	13%	21%	11%	15%
Unprofessionell, analphabetisch	8%	12%	4%	13%	9%	8%	12%	10%
Pragmatisch	5%	6%	5%	4%	5%	9%	6%	8%
Verfügt über Autorität	24%	7%	31%	4%	22%	13%	17%	7%
Kurzichtig	21%	25%	12%	29%	28%	21%	30%	22%
Kriminell, korrupt	12%	62%	8%	68%	13%	53%	17%	64%
Geheim, geschlossen	13%	8%	8%	9%	18%	6%	19%	9%
Parasitär	5%	15%	2%	18%	7%	9%	11%	11%
Begrenzt, dummlich	8%	8%	4%	10%	10%	8%	12%	7%
Volksfern, fremd	10%	42%	6%	47%	13%	34%	13%	37%
Kompetent	7%	9%	10%	6%	6%	13%	3%	11%
Schwach, machtlos	8%	20%	5%	26%	11%	12%	9%	18%
Ungesetzlich	3%	16%	2%	20%	4%	15%	5%	11%
Effizient	11%	6%	14%	3%	12%	13%	6%	7%
Inkonsequent	9%	29%	6%	32%	14%	26%	8%	22%
Keine Antwort	13%	8%	6%	7%	15%	8%	16%	7%

Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums, November 2005 <http://www.levada.ru./press/2005120200.print.html>

Chronik

Chronik vom 1. bis 8. Dezember 2005

1.12.2005	Das Bezirksgericht Lefortowo (Moskau) verurteilt Alexej Kurzin, einen führenden Manager von Jukos Moskau, wegen Betrugs und Geldwäsche zu 14 Jahren strenger Haft.
1.12.2005	In einem Interview erklärt Generaloberst Balujewskij, der russische Generalstabschef, dass Russland über Technologien verfüge, um eine gegnerische Raketenabwehr zu durchbrechen. Balujewskij spricht sich für bessere Beziehungen zur NATO aus, wirft der OSZE aber Einmischung in die inneren Angelegenheiten der GUS-Staaten vor.
2.12.2005	Ein Vertreter der russischen Rüstungsindustrie teilt mit, dass Russland und Iran einen Vertrag unterzeichnet haben, nach dem Russland dem Iran 29 Systeme „Tor M-1“ zur Abwehr von Marschflugkörpern verkaufen wird.
3.12.2005	Der neue deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier trifft zu seinem Antrittsbesuch in Moskau ein. Er führt Gespräche mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow und wird in Nowo-Ogarewo von Präsident Putin empfangen.
4.12.2005	In Tschusowoj (Ural) stürzt die Decke eines Hallenbades ein. Mindestens 14 Personen werden getötet. Die Staatsanwaltschaft leitet Ermittlungen ein.
4.12.2005	Bei den Wahlen zur Moskauer Stadtduma gewinnt „Einiges Russland“ über 47% der Listenstimmen und alle Einzelmandate. Außer „Einiges Russland“ überwandern nur die KPRF (16,7%) und Jabloko (11,1%) die 10%-Hürde.
4.–6.12.2005	Außenministertreffen der OSZE-Staaten in Laibach. Der russische Außenminister Sergej Lawrow kritisiert „Doppelstandards“ in der Wahlbeobachtung der OSZE und verlangt eine Neudefinition der Prozeduren bei der Wahlbeobachtung. Das Treffen geht zu Ende, ohne dass ein gemeinsames Abschlussdokument unterzeichnet wird.
4.–6.12.2005	Staatsbesuch des indischen Ministerpräsidenten Manmohan Singh in Russland.
5.12.2005	Putin weist den Leiter der Präsidentialadministration an, die Vorlage zur Änderung des NGO-Gesetzes zu überarbeiten und die Empfehlungen der Gesellschaftskammer, der europäischen Justizminister und der Vertreter der NGOs zu berücksichtigen.
5.12.2005	Der russische Frachter „Ternej“ wird auf dem Weg von Südkorea nach Wladiwostok vom nordkoreanischen Grenzschutz aufgebracht. Dem Kapitän des Schiffes wird vorgeworfen, er sei unberechtigt in nordkoreanische Hoheitsgewässer eingedrungen.
6.12.2005	Putin unterzeichnet ein Gesetz, das die Heranziehung von „Kosaken“ zu zivilen, militärischen oder polizeilichen Aufgaben regelt.
6.12.2005	Putin empfängt den indischen Ministerpräsidenten Manmohan Singh im Kreml und erörtert mit ihm Fragen der wirtschaftlichen und strategischen Zusammenarbeit.
6.12.2005	Die Staatsanwaltschaft der Republik Inguschetien leitet ein Verfahren gegen das regionale Parlament ein, da dieses bisher der Direktive des Verfassungsgerichts nicht gefolgt sei, Verfassung und Gesetzgebung der Republik dem der Föderation anzupassen.
7.12.2005	Die Duma verabschiedet den Staatshaushalt 2006 in seiner vierten und letzten Lesung. Der Haushalt setzt die Einnahmen mit 5.046 Mrd. Rubel an, die Ausgaben mit 4.270 Mrd. Rubel. Das Bruttoinlandsprodukt wird mit 24.380 Mrd. Rubel und die Inflationsrate mit 7–8,5% veranschlagt.
7.12.2005	Die Gazprombank, die sich bisher vollständig unter der Kontrolle des Erdgaskonzerns Gazprom befindet, teilt mit, dass die Dresdner Bank für umgerechnet rund 680 Mio. Euro etwa ein Drittel an dem russischen Geldhaus übernimmt.
7.12.2005	Der Inlandsgeheimdienst FSB teilt mit, dass eine Sonderermittlungsgruppe eine Organisation ausgehoben hat, die gefälschte „Propuski“ (Zugangsdokumente) für den Kreml vertrieben hat.
8.12.2005	In der Nähe von Chasawjurt (Dagestan) fährt ein Güterzug auf eine Mine. Ein Waggon entgleist. Opfer sind nicht zu beklagen.
8.12.2005	Das Kabinett verabschiedet ein Konzept zur Entwicklung des russischen Zolldienstes bis zum Jahr 2008.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2005 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de

Lesehinweis

Abstracts der Artikel mit Russlandbezug in Osteuropa 11/2005

OSTEUROPA 11/2005 ist erschienen. Neben einem Schwerpunkt zu den Wahlen in Polen enthält es folgende Beiträge über Rußland. Das Heft hat 168 Seiten, kostet 9,50 € und ist zu beziehen über osteuropa@dgo-online.org

Sabina Wölkner

Vor einer Eiszeit?

Polen, Rußland und der Sieg der PiS

Aus historischen Gründen sind die Beziehungen zwischen Rußland und Polen belastet. Insofern wurde die Sorge laut, der doppelte Sieg der rußlandkritischen, nationalkonservativen Kräfte bei den Wahlen zum Sejm und um die Präsidentschaft könnte zu wachsenden Spannungen zwischen Warschau und Moskau führen. Dafür gibt es wenig Anhaltspunkte. Wachsender Handel zwischen den beiden Staaten, Polens Einbindung in die EU und außenpolitischer Pragmatismus sind realpolitische Interessen, die auch das Kaczyński-Lager teilt. Allerdings bieten ungelöste historische Fragen wie das Verbrechen von Katyń sowie Moskaus unklare Haltung zur Diktatur in Belarus Konfliktpotential.

Martin Lücke

Verfemt, verehrt, verboten

Jazz im Stalinismus zwischen Repression und Freiheit

Fünf Jahre nachdem der Jazz in Westeuropa Premiere hatte, war er in der Sowjetunion zu erleben und entwickelte sich dort binnen kurzer Zeit zu einer populären Musikform. Die Haltung von Stalins Regime zum Jazz als Genre, das mit Freiheit konnotiert war, bewegte sich zwischen Restriktion und Zensur und staatlicher Förderung. Verantwortlich waren innen- und außenpolitische, wirtschaftliche sowie ideologische Faktoren. Jedoch blieb der Jazz während des gesamten Stalinismus ein Bestandteil des kulturellen Lebens.

Henrike Schmidt, Katy Teubener

Monumentalisierung und Metaphorik der Angst

Der offizielle Diskurs über das Internet in Rußland

Informationstechnologie ist Herrschaftstechnologie. Die Verfügung über die Produktionsmittel in den meinungsbildenden Medienindustrien ist von zentraler Bedeutung für die politische, gesellschaftliche und private Kommunikation. Die revolutionäre Bedeutung des Internet liegt darin, daß es potentiell die Verfügungsmacht über die Produktion und Verbreitung von Information dezentralisiert. Diese Eigenschaft der weltweiten Datennetze stellt eine Herausforderung für Bestrebungen staatlicher Kontrolle dar. Nicht zuletzt gilt dies für das rußländische Internet, dessen wachsende Popularität die staatliche Medien- und Meinungsmacht bedroht. Diskussionen darüber, ob es notwendig und möglich ist, das Internet zu kontrollieren, nehmen zu. In den Auseinandersetzungen um Freiheit und Zensur im rußländischen Segment des WWW erweist sich die kulturelle Deutungshoheit über das Medium als effektiver als Maßnahmen zu seiner technischen Regulierung.

Dagmar Burkhart

Das Phantasma des Mantels

Gogol', Timm, Makanin

Eines der Hauptbegehren des Menschen ist wohl das Begehren nach dem Anderen, und das Ich (das Ego) fungiert dabei als Schnittstelle zwischen einem internen und einem externen *alter ego* oder Fremden. Drei unterschiedliche Texte – Nikolaj Gogol's Novelle *Der Mantel* (1842), Vladimir Makanins Roman *Underground oder Ein Held unserer Zeit* (1998) und Uwe Timms Erzählung *Der Mantel* (1999) – haben eine zum Anderen hin orientierte psychopoetische Motivation gemeinsam, die auf dem Phantasma des Mantels basiert. Neben dem zentralen Motiv des Mantels, der nicht nur Merkmale des Anderen, sondern auch eines kongruenten Doppelgängers oder einer ergänzenden Hälfte trägt, stehen religiös-ethische, philosophisch-metapoetische und ökologisch-zivilisationskritische Aspekte zur Debatte. Eine solche hermeneutische Betrachtung beleuchtet die „Intertextualität“ von Philosophie, Psychosozilogie und Poetik.

Karlheinz Kasper

Wo kommen wir her? Wo gehen wir hin?

Rußland und seine Schriftsteller zwischen West und Ost

In Rußland reißt der Diskurs über Wurzeln und Wege der nationalen Identität nicht ab. Politiker, Wissenschaftler und Künstler beteiligen sich an der Suche nach Perspektiven für die junge und labile russische Demokratie. Zwei neue, noch nicht ins Deutsche übersetzte Romane von Vasilij Aksenov und Viktor Pelevin, die für die Generationen der 1960er und der 1990er Jahre Kultautoren waren, entwerfen völlig entgegengesetzte Konzeptionen eines russischen Weges. Aksenov blickt in *Vol'ter' jancy i vol'ter' janki* auf den liberalen Westen, Pelevin in *Svjaščennaja kniga oborotnja* auf den taoistischen Osten.